

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
(16. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Kühn (Tübingen), Dr. Valerie Wilms,
Britta Haßelmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/6055 –**

UN-Nachhaltigkeitsziel 11 in Deutschland schon jetzt umsetzen – Städte und Siedlungsflächen inklusiv, sicher, stabil und nachhaltig machen

A. Problem

Die Antragstellenden haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, Städte und Gemeinden inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu machen. Dies solle zum einen durch die Stärkung des sozialen und generationenübergreifenden Zusammenhalts erfolgen, indem der zunehmenden sozialen und wirtschaftlichen Spaltung der Städte und Gemeinden entgegengewirkt werde, zum Beispiel durch die Schaffung von angemessenem und bezahlbarem Wohnraum, durch Investitionen in ein barrierefreies Umfeld und zugunsten sozialer Projekte und Unterstützungsstrukturen, die ein inklusives Zusammenleben ermöglichen. Zum anderen solle die energetische Gebäudesanierung mit dem Ziel ausgebaut werden, den Gebäudebestand im Jahr 2050 klimaneutral zu machen und dabei soziale Belange viel stärker als bisher zu berücksichtigen. Darüber hinaus sollten der Flächenverbrauch reduziert und zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, um das Ziel, ab dem Jahr 2020 höchstens 30 Hektar am Tag für neue Siedlungs- und Verkehrsflächen in Anspruch zu nehmen, gegenüber heute 71 Hektar, zu erreichen. Der Innenentwicklung müsse Vorrang eingeräumt und die grüne Infrastruktur ausgebaut werden. Ferner sollten eine verbesserte Bürgerbeteiligung und Transparenz von Planungen ermöglicht sowie Städte und Gemeinden gestärkt werden, damit sie ihren Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung wieder nachkommen könnten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/6055 abzulehnen.

Berlin, den 11. November 2015

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Bärbel Höhn
Vorsitzende

Matern von Marschall
Berichtersteller

Carsten Träger
Berichtersteller

Heidrun Bluhm
Berichterstellerin

Christian Kühn (Tübingen)
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Matern von Marschall, Carsten Träger, Heidrun Bluhm und Christian Kühn (Tübingen)

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/6055** wurde in der 124. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. September 2015 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Innenausschuss sowie den Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, Städte und Gemeinden inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu machen. Dies solle zum einen durch die Stärkung des sozialen und generationenübergreifenden Zusammenhalts erfolgen, indem der zunehmenden sozialen und wirtschaftlichen Spaltung der Städte und Gemeinden entgegengewirkt werde, zum Beispiel durch die Schaffung von angemessenem und bezahlbarem Wohnraum, durch Investitionen in ein barrierefreies Umfeld und zugunsten sozialer Projekte und Unterstützungsstrukturen, die ein inklusives Zusammenleben ermöglichen. Zum anderen solle die energetische Gebäudesanierung mit dem Ziel ausgebaut werden, den Gebäudebestand im Jahr 2050 klimaneutral zu machen und dabei soziale Belange viel stärker als bisher zu berücksichtigen. Darüber hinaus sollten der Flächenverbrauch reduziert und zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, um das Ziel, ab dem Jahr 2020 höchstens 30 Hektar am Tag für neue Siedlungs- und Verkehrsflächen in Anspruch zu nehmen, gegenüber heute 71 Hektar, zu erreichen. Der Innenentwicklung müsse Vorrang eingeräumt und die grüne Infrastruktur ausgebaut werden. Ferner sollten eine verbesserte Bürgerbeteiligung und Transparenz von Planungen ermöglicht sowie Städte und Gemeinden gestärkt werden, damit sie ihren Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung wieder nachkommen könnten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat in seiner 60. Sitzung am 11. November 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/6055 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 55. Sitzung am 11. November 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/6055 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 18/6055 in seiner 67. Sitzung am 11. November 2015 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, die Nachhaltigkeitsziele hätten eine große Bedeutung für die deutsche Politik. Die Umsetzung dieser Ziele müsse jedoch in eine nationale und europäische Nachhaltigkeitsstrategie eingebettet werden. Man sei durch die Erhöhung der Städtebauförderung auf 700 Millionen Euro, das Programm „Altersgerecht Umbauen“ sowie die Initiative „Grün in der Stadt“ auf einem guten Weg. Zwar zeige der nationale Indikatorenbericht noch einen Nachholbedarf auf, jedoch habe man gerade im Städtebau und im sozialen Wohnungsbau mit der Aufstockung der Mittel um 500 Millionen Euro und möglichen Ergänzungen über die Erweiterung von Nutzungspotenzial im Sinne einer Flächenreduzierung schon viel erreicht.

Die **Fraktion der SPD** begrüßte den Antrag als Auftakt für eine vertiefte Diskussion über die Nachhaltigkeitsziele. Sie vertrat jedoch die Auffassung, die Vorlage sei nicht sorgfältig genug erarbeitet worden, was möglicherweise der Eile geschuldet sei, mit der dieser Antrag seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam

mit 16 anderen Anträgen zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen in den Deutschen Bundestag eingebracht worden sei. Überdies seien viele der Forderungen bereits beschlossen worden oder befänden sich in der Umsetzung. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung habe bereits ein eigenes Positionspapier zur nachhaltigen Stadtentwicklung verabschiedet, was auch im Staatssekretärsausschuss diskutiert worden sei und damit Eingang in die Umsetzungsarbeit der Nachhaltigkeitsziele finde.

Die **Fraktion DIE LINKE**. teilte mit, mit Ausnahme der Maßnahme zum Flächenverbrauch enthalte der Antrag nur Ankündigungen und keine konkreten Maßnahmen. Zwar gehe der Antrag inhaltlich in die richtige Richtung, jedoch müsse vielmehr dafür gesorgt werden, dass bereits beschlossene Maßnahmen tatsächlich umgesetzt würden. Überdies fehlten ordnungspolitische und finanzielle Konsequenzen, um die geforderten Maßnahmen zu realisieren.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte zu ihrem Antrag aus, dass dieser die bestehenden Herausforderungen verdeutliche. Im sozialen Wohnungsbau komme es zu einem jährlichen Verlust von 60 000 Sozialwohnungen bei einem Neubau von nur 15 000 Wohnungen, sodass selbst bei einer Verdoppelung der Anstrengungen im Jahr 2016 weniger Sozialwohnungen zur Verfügung stünden als benötigt würden. Es bedürfe Lösungen für den sozialen Wohnungsbau über das Jahr 2019 hinaus. Die Rate der energetischen Gebäudesanierung liege bei nur 1 Prozent und der Anteil erneuerbarer Wärmeenergie im Gebäudebereich mache nur 10 Prozent aus. Die Situation der Kommunen müsse verbessert werden, da die Kommunen mit 135 Milliarden Euro verschuldet seien.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 18/6055 abzulehnen.

Berlin, den 11. November 2015

Matern von Marschall
Berichterstatter

Carsten Träger
Berichterstatter

Heidrun Bluhm
Berichterstatterin

Christian Kühn (Tübingen)
Berichterstatter

